

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

## Abzockzürich 6 Fotos = 90 Franken!

Für «aktengebundene Fotos» in Polizeirapporten = normale Fotos mit der Digikamera geknipst, wird in Zürich pro Stück CHF 15.- abgezockt, 10-20 Mal mehr als im Handel! Kämpfen Sie mit uns gegen diese **masslose Abzockerei**.

**AUTO ALLIANZ**  
www.autoallianz.ch-044 391 6767  
PC 87-688 656-0

PROBLEMTRIADJE JUGENDJUSTIZ – JUGENDSTRAFRECHT – AUSLÄNDERKRIMINALITÄT

## Dringende Verschärfung des Jugendstrafrechts

Eine Arbeitsgruppe der SVP des Kantons Zürich unter der Leitung von Nationalrätin Natalie Rickli hat sich erneut und intensiv mit dem Thema Straf- und Jugendstrafrecht sowie Ausländerkriminalität auseinandergesetzt und präsentierte diese Woche ihre konkreten Lösungsvorschläge.

Lange wurde die Jugendkriminalität schönegeredet; es seien Einzelfälle, hiess es jeweils. Doch heute wird offensichtlich und die Statistiken belegen dies: Die Kriminalität und vor allem die Brutalität der Delikte in unserem Land nehmen zu. Die Täter werden immer jünger. Kein Tag in den vergangenen Monaten verging ohne Gewalt: Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Morde. In Bundesbern ignoriert man diese Entwicklungen. Aus dem Bundesamt für Justiz vernehmen wir seit 2008 immer dasselbe: «Wir sind daran, einen Bericht zu erstellen, den wir dann vorlegen werden. Bis dahin macht es keinen Sinn, einzelne Anpassungen am Strafrecht vorzunehmen». Oder: «Wir werden prüfen ...». Damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben; es besteht dringender Handlungsbedarf: Wir müssen an die Opfer denken und wir müssen die Gesellschaft schützen.

### Probleme mit dem heutigen Jugendstrafrecht

Das heutige Strafrecht, aber auch das Jugendstrafrecht, ist geprägt von einer 68er-Ideologie: Man will die Täter heilen, therapieren, resozialisieren und die Jugendlichen erziehen. Die Opfer gehen vergessen. Abschreckung und Sühne sind kein Thema. Man will an das Gute im jugendlichen Täter glauben. Man will ihn nicht aus seinem noch jungen Leben reißen, man will ihm eine Chance geben, man will ihm die Zukunft nicht verbauen. Vor diesem Hintergrund werden heute die meisten Urteile für jugendliche Täter gefällt.

Dabei wäre es wichtig, Jugendliche von Beginn an – d.h. schon bei den ersten Delikten – zur Rechenschaft zu ziehen. Die Justiz muss kriminellen Jugendlichen aufzeigen, dass es Konsequenzen hat, wenn man gegen das Gesetz verstösst. Doch bis ein Jugend-



NATALIE RICKLI  
NATIONALRÄTIN SVP  
WINTERTHUR

licher heute überhaupt bei der Jugendanwaltschaft antraben muss, hat er oft schon mehrere Delikte auf dem Kerbholz. Viele Jugendliche erhalten zuerst einen schriftlichen Verweis. Das wirkt nicht abschreckend. Im Gegenteil: Darüber lachen die Jungen. Und das fördert die Rückfälligkeit.

Nehmen Sie als Beispiel den Fall von Bashkim Berisha, den Parkplatzmörder von Dübendorf. Er stammt aus dem Kosovo. Sein Prozess beginnt morgen vor dem Zürcher Obergericht. Ein Interview mit dem «Tagi-Magi» vom letzten Samstag brachte zu Tage, dass er früh delinquent hat. Im jugendlichen Alter zwischen 14 und 17 Jahren sass er etwa dreissig Tage in U-Haft. Drohungen, Körperverletzung, Hausfriedensbruch. Später wurde er verurteilt wegen Raub, Gewalt und Drohung gegen Beamte usw. Am 11. Februar 2005 erschiess er einen Mann auf einem Parkplatz in Dübendorf.

Haben die ersten Strafen abschreckend gewirkt? Hatten sie Konsequenzen? Wurden die nötigen Massnahmen getroffen? Offensichtlich nicht. Und warum wurde ein ausländischer Jugendlicher, der bereits so früh kriminell wurde, nicht des Landes verwiesen?

Nun werden die Verfechter des aktuellen Jugendstrafrechts und Gutmenschen in unserem Land sagen: Wir dürfen nicht alleine die Strafen, sondern müssen auch die Massnahmen sehen. Diese seien im Prinzip viel härter und können den Täter bis zum vollendeten 22. Altersjahr in einer geschlossenen Anstalt unterbringen. Dies stimmt, und ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die SVP die Massnahmen im Jugendstrafrecht unterstützt. ABER: Offensichtlich zeigt das Jugendstrafrecht bei frühen und kleineren Delikten keine abschreckende Wirkung. Ein schriftlicher Verweis schreckt nicht ab und fördert die Rückfälligkeit. Besonders dann, wenn ein solcher Verweis ohne entsprechende Probezeit erfolgt.

Wir haben es mit drei Problemen zu tun:

1. Jugendjustiz: Die zuständigen Instanzen nutzen den Strafrahmen des Jugendstrafrechts oftmals nicht aus. Die SVP ruft sie dazu auf, den Strafrahmen auszunützen. Bei den Urteilen ist vermehrt an die Opfer zu denken und dass sie ein Recht auf Sühne haben. Die Justiz muss aber auch gezwungen werden, härtere und konsequentere Strafen und Massnahmen zu treffen, nämlich durch eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, siehe Punkt 2.
2. Jugendstrafrecht: Dieses lässt zu wenig abschreckende Strafen und Sanktionen unter 15 Jahren zu und endet heute mit der Vollendung des 22. Altersjahres. Ein Täter wird heute entlassen, auch wenn er als nicht therapiert oder gemeingefährlich gilt.

Wir haben es mit drei Problemen zu tun:

1. Jugendjustiz: Die zuständigen Instanzen nutzen den Strafrahmen des Jugendstrafrechts oftmals nicht aus. Die SVP ruft sie dazu auf, den Strafrahmen auszunützen. Bei den Urteilen ist vermehrt an die Opfer zu denken und dass sie ein Recht auf Sühne haben. Die Justiz muss aber auch gezwungen werden, härtere und konsequentere Strafen und Massnahmen zu treffen, nämlich durch eine Verschärfung des Jugendstrafrechts, siehe Punkt 2.
2. Jugendstrafrecht: Dieses lässt zu wenig abschreckende Strafen und Sanktionen unter 15 Jahren zu und endet heute mit der Vollendung des 22. Altersjahres. Ein Täter wird heute entlassen, auch wenn er als nicht therapiert oder gemeingefährlich gilt.

- Als Beispiele sind die skandalösen Urteile in den Fällen Hedingen und Stadelhofen aufzuführen.
  - Aber auch das Urteil im Fall Muotathal, insbesondere auch beim zweiten Täter.
  - Oder die nichtfunktionierende Massnahme (Therapiegespräch) im Fall der Vergewaltigung Seebach / brutale Schlägerei in Bazenheid.
3. Ausländerkriminalität: Jugendgewalt bedeutet oft Ausländerkriminalität. Die Statistiken sind zu wenig deutlich: Einerseits gibt es keine offizielle nationale Jugendkriminalitäts-Statistik und andererseits besitzen viele der jugendlichen Täter mittlerweile den Schweizer Pass. Als Beispiele können wir die bereits erwähnten und weiteren aktuellen Taten nehmen:
    - Schläger von München: Alle drei Täter haben Migrationshintergrund.
    - Jugendbande Winterthur: Alle 10 Jugendlichen sind Ausländer oder eingebürgert.
    - Messerstecherei Zollikerberg: Drei der Täter sind Schweizer, einer Türke.
    - Jugendbande St. Gallen: Alle 11 Verhafteten stammen aus Ex-Jugoslawien.
    - Täter im Fall der Vergewaltigung Seebach / brutale Schlägerei in Bazenheid: Kosovo-Albaner
    - Täter im Fall Hedingen: Eingebürgert Kosovo-Albaner.

Experten (Polizisten, Leute an der Front) gehen von einem Migrationshintergrund bei Jungdelinquenten von 70 Prozent aus. Und das bei einem Ausländeranteil von 21,4 Prozent.

Die erschreckenden Zahlen zur Ausländerkriminalität bei Erwachsenen

möchte ich hier nicht weiter ausführen, sondern auf die bestehenden Positionspapiere verweisen.

Wir haben dringenden Handlungsbedarf im Jugendstrafrecht. Nachdem der Nationalrat in der von der SVP einberufenen Sondersession zur «Verschärfung des Strafrechts» viele wichtige Vorstösse von uns überwiesen hat, wurden leider auch einige das Jugendstrafrecht betreffende Forderungen abgelehnt. Nach all den schrecklichen Taten der vergangenen Wochen, die zudem fast alle den Kanton Zürich betreffen, haben wir uns in einer Arbeitsgruppe der SVP des Kantons Zürich nochmals intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und präsentieren heute unsere Lösungsvorschläge zur Eindämmung der Jugendkriminalität:

### Forderungen und Vorstösse zur Ausländerkriminalität

1. Es braucht die Ausschaffungsinitiative. Wer raubt, vergewaltigt oder tötet, soll unser Land verlassen. Dies muss auch für Jugendliche gelten.
  - Die Eltern von ausländischen jugendlichen Kriminellen sind zur Verantwortung zu ziehen: Wenn die Kinder kriminell sind (schwere Delikte oder wiederholte kleinere Delikte), müssen die Eltern zusammen mit den Kindern ausgeschafft werden.
  - Diese Bestimmungen sollen im Ausführungsgesetz zur Ausschaffungsinitiative entsprechend festgehalten werden.

2. Kriminalitätsstatistik: Künftig muss in Statistiken die Doppelbürgerschaft ausgewiesen werden sowie Migrationshintergrund erwähnt werden (bspw. bis dritte Generation). Vgl. Vorstoss 08.5199 Wobmann.

### Forderungen und Vorstösse zum Jugendstrafrecht

1. Erwachsenenstrafrecht ab 16 Jahren bei schweren Delikten (vgl. Motion 09.3314 Schlüter)
2. Max. Freiheitsstrafe einheitlich vier Jahre ab 14 Jahren. Heute 1 Jahr ab 14 Jahre, 4 Jahre ab 16 Jahre.

Fortsetzung auf Seite 2

## Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort



**wideg ag**

Industriestrasse 25, 8625 Gossau  
Tel 044 935 25 46  
info@wideg.ch  
www.widea.ch

## Restaurant

**Flair**  
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen

Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger

- Täglich 4 Menus
- Hervorragende Weine
- Aktuell: Salatbuffet Take away

Öffnungszeiten:  
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr  
Sa 09.30–24.00 Uhr  
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon  
(Tramhaltestelle Berninaplatz)  
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

## Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovierungen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

## PORTAS® Europas Renovierer Nr. 1

PORTAS Schranklösungen nach Mass

- ✓ In jeder Höhe, Breite, Tiefe und Schräge!
- ✓ Ideal für Nischen und Dachschrägen!
- ✓ Innen-Regalsysteme nach Ihren Wünschen!
- ✓ Viele Oberflächen zur Wahl!



DAS PORTAS GLEITÜREN-SYSTEM  
Mehr Platz und Ordnung durch optimale Raumnutzung!

PORTAS-AG Pilotbetrieb • Im Ebnat • 8370 Sirmach  
Tel. 071-9693636  
www.portas.ch • info@portas-sirmach.ch

## Ihr Immobilien Makler + Verwalter

Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:

**Einfamilienhäuser  
Eigentumswohnungen  
Bauland**

Gerne übernehmen wir auch Ihre **Verwaltung**

Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:

**Uster** 044 997 24 70  
**Buchs** 079 403 62 70  
**Dietikon** 044 744 25 50  
**Wettingen** 056 426 02 64  
**Wohlen** 056 470 13 54  
**Aarau** 062 726 01 40

## BENTO IMMOBILIEN AG

Immobilien & Verwaltungen  
Projektentwicklungen  
www.bento.ch

**Grosses vom Grossgemeinderat**



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Der Luzerner SVP-Grossgemeinderat René Kuhn ist als früherer Autoparteiler ein grosser Experte in Sachen scharfes Profil und schnittiges Chassis. Lange vor ihm äusserte sich allerdings schon der damalige Autoparteiler Michael Dreher über den Auftritt von linken Frauen. Er vertrat im Nationalratssaal die viel diskutierte Meinung, das Outfit der Kollegin Christine Goll entspreche nicht dem eines schicken Strassenkreuzers, sondern dem einer unschicklichen Strassendrossel.

Heute wäre René Kuhn schon froh, wenn die von ihm gescholtenen «Emanzen» und «Vogelscheuchen» wie seinerzeit Frau Goll in der Lederabteilung einkaufen würden. Stattdessen zieht der Ostreisende mitsamt seiner russischen Gattin über die ungepflegten Schweizerinnen vom Leder. (Die blonde Oxana scheint mir übrigens etwas ausgebleicht, wie wär's mit etwas Solarium oder Tönungscreme?) Jedenfalls sehen die Kuhns an den hiesigen Frauen statt Lack und Lippenstift nur Lumpen und Latschen. Statt Schminke und Schmuck nur Schmutz und Schmuttel.

«Ich bin ein Frauenliebhaber», entgegnet René Kuhn allfälligen Missverständnissen. Als Liebhaber meiner beiden bäuerlichen Grossmütter wäre Kuhn mit seinem Befehl zum Haarefärben indessen glatt durchgefallen. Trugen die Angehörigen der Generation Réduit doch ihre gezopften Flechten grau bis schlohweiss. Die Grosis hatten genau wie ihr Enkel Tränen in den Augen, sobald im Radio Beromünster Vico Torrianis Lied von den Silberfäden ertönte. Und wenn sich der kahlhäuptige René Kuhn über weibliche Frisuren ereifert, erinnert mich dies an Thomas Manns Missionar Jonathan. Tony Buddenbrook entgegnete auf die Rüge des glatzköpfigen Predigers über ihre gedrehten Locken schlagfertig: «Kümmern Sie sich gefälligst um ihre eigenen Locken!»

Nun will sich René Kuhn seinen Zigarren und dem Bücherschreiben widmen. Genau wie Churchill, der nicht wirklich schön, aber dennoch ein ganz brauchbarer Politiker war. Denn die Politik ist das Showbusiness der Hässlichen (Damen selbstverständlich ausgenommen). Darum sollten wir Politiker uns nicht öffentlich über das Aussehen von Frauen äussern. Sondern uns allenfalls trösten mit der Hoffnung, dass die Attraktivität des Mannes in seiner Intelligenz liegt. Fragt sich nur, ob Grossgemeinderat René Kuhn unter diesem Gesichtspunkt wirklich attraktiv ist.

**BUNDESRATSWAHLEN**

**SVP erwägt eigene Unternehmerkandidatur für Bundesrat**

Der Vorstand der SVP-Fraktion hat diese Woche an seiner ausserordentlichen Sitzung eine umfassende Auslegeordnung über die Bundesratswahlen vorgenommen. Im Vorstand ist der Druck für eine eigene SVP-Kandidatur gestiegen.

ZB. Der Fraktionsvorstand der SVP Schweiz hat am Mittwoch in Bern eine umfassende Auslegeordnung über die Bundesratswahlen vom 16. September 2009 vorgenommen. Er verurteilt die intransparente «Päcklipolitik» der Abwählerpartei CVP mit den Linken. Diese Koalition hat bereits Christoph Blocher abgewählt und hätte Ueli Maurer fast verhindert. Mit von der Partie waren damals auch die Freisinnigen und Liberalen aus der Suisse Romande. Die Gefahr ist daher gross, dass jetzt die CVP von der linken Seite ein Gegengeschenk für die Unterstützung zur Abwahl von Christoph Blocher erhält.

Die SVP steht zur Konkordanz und ist mit 28,9 Prozent die mit Abstand wählerstärkste Partei in der Schweiz. Die SVP hat damit Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Auch wenn weit weniger stark, so ist die FDP mit 17,7 Prozent ebenfalls deutlich stärker als die CVP, welche bei den letzten Wahlen 14,5 Prozent erreichte. Nach den Regeln der Konkordanz hätten damit die drei wählerstärksten Parteien SVP, SP und FDP Anspruch auf zwei Sitze, die CVP auf einen Bundesratsitz. Es existiert nun eine Vakanz, und zwei Parteien können nach den Regeln der

Konkordanz berechtigten Anspruch auf den Sitz erheben, die SVP und die FDP, wobei der Anspruch der SVP viel grösser ist.

**Unterschiedliche Strömungen**  
Innerhalb des Fraktionsvorstandes herrschen daher zwei Strömungen vor. Unter der Bedingung, dass die FDP einen Kandidaten nominiert, der von der SVP-Fraktion getragen werden kann, möchte ein Teil des Fraktionsvorstandes in diesem Fall eine FDP-Kandidatur unterstützen.

Der andere Teil der Fraktion möchte mit einer eigenen Kandidatur antreten. Aus heutiger Sicht steht dabei der angesehene Freiburger Unternehmer Jean-François Rime im Vordergrund. Jean-François Rime würde als Inhaber zweier Firmen die dringend notwendigen technische, wirtschaftliche und unternehmerische Fachkompetenz im Bundesrat verstärken.

Der Fraktionsvorstand wird der Fraktion beantragen, nicht vor dem 8. September 2009 darüber zu entscheiden, ob sie bei der Bundesratswahl vom 16. September 2009 selber antritt oder wen sie gegebenenfalls unterstützt.

**UBS-VERGLEICH**

**Doppelte Strafbarkeit darf nicht aufgeweicht werden**

Der Bundesrat hat am Mittwoch den Staatsvertrag mit den USA in Sachen UBS vorgestellt. Die SVP wird bei der vertieften Analyse des Abkommens genau darauf achten, ob die doppelte Strafbarkeit strikte eingehalten wird. Problematisch dürfte diesbezüglich insbesondere die Interpretation des Geltungsbereichs über den Steuerbetrug hinaus sein.

ZB. Für die SVP geht die Berücksichtigung des Grundsatzes der doppelten Strafbarkeit weit über den Fall UBS hinaus. Dieses Prinzip ist aus Sicht des Rechtsstaates fundamental. Wird vom Grundsatz der doppelten Strafbarkeit abgewichen, kann dies für unser Land nicht absehbare, negative Folgen haben. Das Recht ist letztlich die einzige Waffe des Kleinstaat. Die SVP beharrt im Zusammenhang mit der Amts- und Rechtshilfe zudem auf der strikten

Einhaltung der rechtsstaatlichen Grundsätze. In diesem Sinn dürfen die Rekursmöglichkeiten keinesfalls eingeschränkt werden.

Im Hinblick auf neue Doppelbesteuerungsabkommen ist darauf zu achten, dass die rechtsstaatlichen Grundsätze und die doppelte Strafbarkeit unmissverständlich und ohne Interpretationsspielraum erhalten bleiben. Das Bankgeheimnis darf nicht aufgeweicht werden.

Fortsetzung von Seite 1

**Dringende Verschärfung des Jugendstrafrechts**

3. Obligatorische Unterbringung (Massnahme) für Wiederholungstäter ab vollendetem 13. Altersjahr. Beispiel Fall Winterthur. Mit einer solchen Regelung sind lasche Justizurteile nicht mehr möglich.

4. Schriftliche Verweise sind abzuschaffen; sie taugen nicht als Strafe. Wenn Verweise trotzdem beibehalten werden, ist auf Folgendes hinzuwirken:

- Verweise bei kleineren Delikten maximal beim ersten Mal
- Verweise für Verbrechen sind ausgeschlossen
- Keine Verweise ohne Probezeit

5. Verlängerung Probezeit: Neu zwei bis fünf Jahre wie im Erwachsenenstrafrecht. Heute mind. 6 Monate, max. zwei Jahre.

6. Persönliche Leistung: Um eine Abschreckung zu erzielen, muss die persönliche Leistung heute ab 10 Jahren bis zu drei Monaten möglich sein. Heute sind max. 10 Tage bis 14 möglich, bis drei Monate zwischen 15 bis 18 Jahren.

7. Anpassung Anrechnung Strafe an Massnahmen: Statistiken zeigen, dass jeder zweite Jugendkriminelle vorzeitig auf freien Fuss kommt. Sobald die Dauer der Strafe abge-

laufen ist, benimmt er sich in der Massnahme dermassen daneben, dass er vorzeitig entlassen wird. Beispiel Berechnungsmodell: Drei Jahre Massnahme entsprechen einem Jahr Freiheitsentzug.

8. Verwahrung für schwere jugendliche Gewalt- und Sexualtäter: Es muss möglich sein, nicht therapierbare gemeingefährliche Jugendliche zu verwahren. Mit unserer Forderung nach Erwachsenenstrafrecht ab 16 Jahren decken wir einen Teil solcher Täter ab. Aber auch eine Verwahrung für jüngere gefährliche Täter, die zum Zeitpunkt der spätesten Entlassung (heute 22) als rückfallgefährdet gelten, muss geprüft werden.

Zum letzten Punkt ist folgendes anzumerken: Wenn die Justizministerin nun medienwirksam die Prüfung einer Verwahrung von Jugendlichen platziert hat, ist sie dann auch beim Wort zu nehmen: Sie hat die damalige Verwahrunginitiative abgelehnt wie auch alle anderen bürgerlichen Parteien. Nur die SVP wollte die Gesellschaft vor diesen gemeingefährlichen schweren Gewaltstraftätern schützen.

Einige der Vorstösse zum Jugendstrafrecht hat die SVP schon einmal eingereicht. Sie wurden leider vom Bundesrat und vom Parlament abge-

## Einladung

**zur Delegiertenversammlung**

**Dienstag, 25. August 2009, 20.00 Uhr**

**Kloten, Zentrum Schluefweg, Stadtsaal**

**Vorprogramm** (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)

- Musikalischer Auftakt durch die Stadtjugendmusik Kloten (Leitung Daniel Wegmann)
- Begrüssung durch Stadtpräsident René Huber (SVP Kloten)

**Traktanden**

- Begrüssung / Standortbestimmung Parteipräsident
- Volksabstimmung vom 27. September 2009
  - Kantonale Volksinitiative «Für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich (Verteilungsinitiative)»  
Information: Kantonsrat Lorenz Habicher (SVP, Zürich)
  - Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative  
Information: Nationalrat Hans Rutschmann (SVP, Rafz)
  - Beschlussfassung über die kantonalen Vorlagen «Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich» und die «Kirchenordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich»  
Pro: alt Statthalter Fritz Oesch (SVP, Uster)  
Contra: Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP, Flaach)
  - Beschlussfassung über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze  
Pro: Nationalrat Urs Hany (CVP, Niederhasli)  
Contra: Nationalrat Toni Bortoluzzi (SVP, Affoltern a. Albis)
- Volkswahl des Bundesrates Nationalrat Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)
- Verschiedenes Parteipräsident

Mit freundlichen Grüssen  
Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Der Parteipräsident:  
Alfred Heer

Der Sekretär:  
Dr. Yves Gadiant



Die Partei des Mittelstandes

tionär verweist zur Begründung seines Vorstosses auf kürzlich begangene schwere Straftaten, ohne näher auszuführen, welche Taten er genau meint und weshalb sich daraus ein unmittelbarer gesetzgeberischer Handlungsbedarf ergeben soll. ...» (Antwort auf Motion 09.3314 Schlüer zur Senkung der Altersgrenzen im Jugendstrafrecht im März 2009)

Ich frage den Bundesrat: Sieht er nach den brutalen Taten von München und dem Zollikerberg und den aufgefliegenen Ausländer-Jugendbanden in Winterthur und St. Gallen noch immer keinen Handlungsbedarf? «Wir sind daran einen Bericht zu erstellen ...», werde ich als Antwort nicht mehr länger akzeptieren.

**Mehr zum Thema und konkrete Vorstösse unter [www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch)**

**Mit unserem Formel 1 Simulator bringen wir sie auf Poleposition!!**

**- für ihre Ausstellung**  
**- Neueröffnung**  
**- Kundenanlass usw.**

global sim race  
Armin Kern Büelweg 6 8400 Winterthur  
Tel: 052 232 78 48  
E-Mail: info@f1simulator.ch

**[www.f1simulator.ch](http://www.f1simulator.ch)**

